

metallnachrichten

» EINE INFORMATION FÜR DIE BESCHÄFTIGTEN DER METALL- UND ELEKTROINDUSTRIE

Nr. 2 / 8. Februar 2010

**Die IG Metall stellt die Weichen für:**

Sichere Jobs, Geld und Übernahme

Vorgezogene Verhandlungen für sichere Jobs, bessere Übernahmebedingungen für Auszubildende und Entgelt, so lautet die Empfehlung der Großen Tarifkommission Baden-Württemberg an den Vorstand der IG Metall. Dieser will am 9. Februar den weiteren Fahrplan festlegen. Dann wird auch entschieden, ob, wann und wo mit den Arbeitgebern verhandelt werden soll.

In einer Resolution empfiehlt die Große Tarifkommission der IG Metall Baden-Württemberg dem Vorstand der IG Metall, die Tarifgespräche für die rund 740.000 Beschäftigten der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie vorzuziehen.

Seit Wochen haben IG Metall und Arbeitgeber in Sondierungsrunden darüber gesprochen, wie Beschäftigung bis zum Ende der Krise gesichert werden kann.

IG Metall Bezirksleiter

Jörg Hofmann: »Es geht uns um eine faire Verteilung der Krisenlasten, Beschäftigungssicherung und Übernahme nach der Ausbildung. Für diese Fragen wollen wir ein Gesamtpaket fin-

den, das bis mindestens Mitte 2012 trägt.« Außerdem sollen Voraussetzungen für eine dauerhafte Finanzierung der Altersteilzeit (Tarifvertrag FlexÜ) geschaffen werden.

Eine faire Verteilung beinhaltet auch für 2010 eine erkennbare

»Wir wollen Beschäftigung, Übernahme, Realeinkommen und Kaufkraft sichern.«

Jörg Hofmann, Bezirksleiter
IG Metall Baden-Württemberg

Entgeltentwicklung der Beschäftigten. Es gilt die Realeinkommen und damit Kaufkraft zu sichern.

Auch die Bundesregierung ist am Zug: »Eine belastbare Be-

schäftigungsbrücke, die bis zum Ende der Krise trägt, setzt voraus, dass die Bundesregierung Kurzarbeit plus zwingend fortsetzt.« Dies gelte insbesondere für die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge bei Kurzarbeit durch die Bundesagentur für Arbeit, aber auch für eine Freistellung eines Teillohnauengleichs von Sozialversicherungsabgaben, wenn die Arbeitszeit verkürzt wird.

In beiden Fällen drängt die IG Metall auf rasche Signale. »Die Bundesregierung muss Zeichen setzen, ob sie weiter hilft Menschen in Arbeit zu halten, oder die Augen vor der dann drohenden Katastrophe für die abhängig Beschäftigten verschließt,« so Hofmann.

Kommentar

Entlassungen verhindern

Der Gesprächsstand ist ausreichend, um zügig in vorgezogene Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern zu gehen.

Wir brauchen jetzt Lösungen und Instrumente zur Beschäftigungssicherung und Übernahme, die bis Mitte 2012 tragen. Sonst droht vielen unserer Kolleginnen und Kollegen die Entlassung. Das müssen wir mit allen Mitteln und mit vereinter Kraft verhindern.

Die IG Metall hat Vorschläge gemacht. Jetzt gilt es Lösungen zu finden, wenn der Vorstand grünes Licht für vorgezogene Verhandlungen gibt.

IG Metall
Bezirksleiter
Jörg Hofmann





Probleme & Lösungen

► Kurzarbeit nutzen

PROBLEM: Betriebe in Kurzarbeit erhalten momentan von der Bundesagentur für Arbeit (BA) die Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge erstattet - sechs Monate lang. Danach übernimmt die BA die Sozialversicherungsbeiträge vollständig. Diese Regelung ist aber bis Jahresende 2010 befristet.

LÖSUNG: Die Politik muss dringend nachbessern. Die BA muss die Sozialabgaben auch über 2010 hinaus wie bisher erstatten.

PROBLEM: Der im Mai 2009 geschlossene Tarifvertrag »Kurzarbeit, Qualifizierung, Beschäftigung« (KQB) läuft Ende 2010 aus. Darin geregelt sind u.a. der erzwingbare Vorrang von Kurzarbeit vor Arbeitszeitabsenkung, sowie Beschäftigungssicherung für Beschäftigte in Kurzarbeit.

LÖSUNG: Der Tarifvertrag muss bis Mitte 2012 verlängert werden, damit die Krise überbrückt werden kann.

► Arbeitszeit verkürzen - mit Teilentgeltausgleich!

PROBLEM: In vielen Betrieben wird die konjunkturelle Kurzarbeit in absehbarer Zeit an ihre Grenzen stoßen. Entweder weil der Nutzungszeitraum von 24 Monaten ausgeschöpft ist oder weil die sachliche Begründung wegfällt.

LÖSUNG: Wir brauchen ein erzwingbares Anschlussmodell zur konjunkturellen Kurzarbeit. Über den Weg einer tariflichen Kurzarbeit könnte die Arbeitszeit auf 28 Stunden gesenkt werden.

PROBLEM: Wer weniger als 35 Stunden pro Woche arbeitet, muss Entgeltverluste verkraften - bei 28 Stunden wären das etwa 20 Prozent.

LÖSUNG: Deshalb brauchen wir zwingend einen Teilentgeltausgleich, damit die Lasten möglichst fair verteilt sind. Die Politik sollte diesen Teilentgeltausgleich unterstützen - und ihn steuer- und sozialabgabenfrei stellen.

► Übernahme verbessern

PROBLEM: Immer mehr Betriebe kündigen an ihre Azubis nicht übernehmen zu wollen. Das raubt jungen Menschen die Perspektiven und hat negative Folgen für die Betriebe sobald die Wirtschaft wieder anzieht, da Fachkräfte fehlen.

LÖSUNG: Die Übernahmebedingungen müssen verbessert werden. Ein Ansatz: Azubis können direkt nach der Ausbildung bis zu fünf Jahre freigestellt werden, um sich weiterzuqualifizieren (z.B. Techniker oder Studium). Dazu muss aber die bisher erforderliche Betriebszugehörigkeit von 5 Jahren als Voraussetzung wegfallen. Und der Anspruch auf Übernahme nach der Ausbildung muss im Anschluss an eine solche Maßnahme gelten.

Stimmen und Stimmungen

»Wenn die Kurzarbeit ausläuft, brauchen wir weitere Möglichkeiten zur Beschäftigungssicherung, zum Beispiel eine 4-Tage-Woche mit Teillohnausgleich. Ohne eine solche Arbeitszeitverkürzung müssten von den 5000 Kurzarbeitern sonst 1000 gehen.«
Sieghard Bender, IG Metall Esslingen



»Wir haben keine Alternative, als in Verhandlungen zur Sicherung von Beschäftigung und Reallöhnen einzusteigen. Beim Entgelt halten wir einen Einmalbetrag bis Ende 2010 für die richtige Option. Im Betrieb soll dies nicht abgesenkt werden können.«
Reinhold Götz, IG Metall Mannheim



»Bei 20 Prozent Anteil von Kurzarbeit gibt's keine anderen Möglichkeiten. Bei der Übernahme von Azubis sollten wir darauf achten, dass alle die Möglichkeit für gesicherte Perspektiven bekommen.«
Daniel Müller, Bosch Reutlingen



»Wir sind in schwierigen Verhandlungen, weil Mahle 180 Arbeitsplätze abbauen will. Im Februar 2011 laufen Kurzarbeit und Kündigungsschutz aus. Da wäre es uns eine unglaublich große Hilfe, wenn wir zur weiteren Beschäftigungssicherung auf neue Möglichkeiten zurückgreifen können.«
Doris Bauer, Mahle Stuttgart